

HANA AMOURY/YOSSI BARTAL/TSAFRIR COHEN

DIE «GEMEINSAME LISTE» UND PROGRESSIVE POLITIK IN ISRAEL

Die neugegründete «Gemeinsame Liste» – ein Wahlbündnis, das sehr unterschiedliche Positionen, von sozialistischen bis zu liberalen und islamisch-konservativen, einschließt – ist ein spannendes politisches Projekt der palästinensischen Minderheit in Israel.¹ Sie ist nicht nur für die israelische Politik von Bedeutung, sondern potenziell auch für die gesamte Region des Nahen Ostens. Mit einem Ergebnis von 10,6 Prozent der Stimmen bei den letzten nationalen Wahlen und 13 Sitzen in der Knesset stellt die Gemeinsame Liste seit 2015 die drittgrößte Parlamentsfraktion. Nach dem ersten Jahr ihres Bestehens ist es an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Inwieweit ist dieses einzigartige Bündnis in der Lage, angesichts eines fortgesetzten Rechtsrucks und antidemokratischer Entwicklungen im Land progressive Anliegen voranzutreiben?

Alarmiert von Meinungsumfragen, wonach dem Likud eine Niederlage drohte, hatte sich Israels Premierminister Benjamin Netanjahu im Vorfeld der vorgezogenen Parlamentswahlen im März 2015 direkt mit einer Warnung an die jüdische Öffentlichkeit gewandt: «Arabische Wähler gehen in Massen in die Wahllokale, linksorientierte Organisationen bringen sie in Bussen dorthin.»² Damit wollte er Angst vor der palästinensischen Minderheit in Israel schüren. Mit Erfolg: Viele unentschlossene rechte WählerInnen ließen sich damit anscheinend an die Urnen locken und der Likud ging als eindeutiger Gewinner aus diesen Wahlen hervor.

Netanjahus Äußerung ist in eine umfassendere Kampagne einzuordnen, die darauf abzielt, die palästinensischen StaatsbürgerInnen Israels und ihre gewählten VertreterInnen zu delegitimieren. Seit 2009 setzt seine Regierung alles daran, deren politische Grundrechte wie Rede- oder Meinungsfreiheit zu beschneiden, etwa durch ein Gesetz, das das öffentliche Gedenken an die Nakba, die massenhafte Flucht und Vertreibung der PalästinenserInnen während der Gründung des Staats Israel (1947–1949), unter Strafe stellt. Wiederholten Versuchen, ein direktes Verbot von arabischen Parteien durchzusetzen, konnte nur durch den Obersten Gerichtshof Einhalt geboten werden. 2014 hatte die Netanjahu-Regierung bereits eine verschärfte Sperrklausel für die Knesset (von 2,0 auf 3,25 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen) durchgesetzt, ganz offensichtlich, um damit den Wiedereinzug von VertreterInnen verschiedener arabischer Wahllisten zu verhindern.

Diese beschlossen, diesen Verschärfungen mit der Bildung eines bis dahin nie dagewesenen parteiübergreifenden Bündnisses zu begegnen und mit diesem bei den Knesset-Wahlen 2015 an den Start zu gehen: der sogenannten Ge-

meinsamen Liste. Beteiligt daran sind die arabisch-jüdische sozialistische Chadasch/al-Jabha (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit), in der die Kommunistische Partei Israels eine führende Rolle spielt, die sozialdemokratisch gefärbte und palästinensisch-national ausgerichtete Balad/al-Tadschamu (Nationales demokratisches Bündnis), die konservative Islamische Bewegung (südlicher Flügel) sowie die liberale Ta'al (Arabische Bewegung für Veränderung), die vor allem durch ihren charismatischen Vorsitzenden Ahmad Tibi bekannt ist.

Die Entscheidung dieser politisch unterschiedlichen Parteien, sich zusammenzurufen, schien angesichts der erhöhten Prozenzhürde unbedingt geboten. Ferner hatten Meinungsumfragen gezeigt, dass 85 Prozent der palästinensischen Bevölkerung in Israel solch einen Zusammenschluss von allen nicht zionistischen Parteien befürworteten. Bei parlamentarischen Abstimmungen hatten diese in der Vergangenheit zudem fast immer an einem Strang gezogen, wenn es etwa um die Rechte der palästinensischen Minderheit, Bürgerrechte oder soziale Fragen ging.

Es meldeten sich allerdings auch skeptische Stimmen in den beteiligten Parteien zu Wort. Über Jahrzehnte hinweg waren Chadasch, Balad und die Islamische Bewegung politische Gegner gewesen. Themen wie die Repräsentation von Frauen, die Sichtbarkeit christlicher Praxen oder weltlicher Kulturen in der Öffentlichkeit oder LSBTTIQ-Rechte³ hatten immer wieder zu heftigen Kontroversen geführt. Manche fürchteten, die Bildung einer gemeinsamen Liste könnte als opportunistisch gedeutet werden. Einwände gab es insbesondere in den Reihen der Chadasch, wo man sich Sorgen um die Zukunft der jüdisch-arabischen Partnerschaft machte, einem Eckpfei-

ler des eigenen Parteiprogramms, der in der neuen Liste mit einer überwiegend arabischen Beteiligung in den Hintergrund zu rücken drohte. Während sich einige führende Persönlichkeiten bei der Chadasch explizit gegen eine Beteiligung an der Gemeinsamen Liste aussprachen, stimmte die überwältigende Mehrheit der Mitglieder auf einem Parteitag dafür.

DIE WAHLKAMPAGNE – ZWISCHEN VOLKSFRONT UND NATIONALER EINHEIT

Die Verhandlungen über die Bildung einer Gemeinsamen Liste hatten begonnen, nachdem im Dezember 2014 – als Ergebnis einer Krise der Regierungskoalition – überraschend Neuwahlen angesetzt worden waren. Bis Ende Januar 2015 mussten sich alle an der Gemeinsamen Liste beteiligten Parteien die Zustimmung ihrer Mitglieder einholen und sich auf ein gemeinsames Programm sowie eine Kandidatenliste einigen. Unumstritten waren Forderungen nach voller Gleichstellung der palästinensischen Israelis, nach Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten Gebieten, nach Anhebung des Mindestlohns und einer Überwindung jeglicher Form von Rassismus in der israelischen Gesellschaft. Es wurden aber auch solche Forderungen aufgenommen, zu denen sich Mitglieder der Islamischen Bewegung nur schwer öffentlich bekennen konnten, darunter die vollständige Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen und eine klare Ablehnung religiös begründeter Konflikte. Als die größte der vier beteiligten Parteien konnte Chadasch durchsetzen, dass ihr gerade neu gewählter Vorsitzender, Ayman Odeh, die Gemeinsame Liste anführt. Die säkulare Linke (Chadasch und Balad) stellte neun der KandidatInnen auf den vorderen 15 Listenplätzen (vier kamen aus der Islamischen Bewegung, zwei aus der Ta'al). Zudem belegt die Diversität der KandidatInnen (darunter zwei Frauen, zwei ChristInnen, zwei Beduinen, ein Druse und ein Jude), dass es sich hierbei um ein nicht sektiererisches und gegenüber feministischen Anliegen offenes Bündnis handelt.

Die Ad-hoc-Bildung der Gemeinsamen Liste bedeutete erhebliche Herausforderungen. In den nur sieben Wochen, die bis zum Urnengang blieben, musste ein Wahlkampf in zwei Sprachen geführt und koordiniert werden. Da sich die inhaltlichen Differenzen nicht einfach in Luft auflösten, kam es anlässlich einiger unwichtiger organisatorischer Unstimmigkeiten zu emotional aufgeladenen Auseinandersetzungen, die das Image der Einheit gefährdeten. Um dem entgegenzuwirken, nahmen daraufhin an allen Wahlveranstaltungen immer VertreterInnen von mindestens zwei zur Gemeinsamen Liste gehörenden Parteien teil. Zusätzlich sorgte eine lebhaftige Kampagne in den sozialen Netzwerken, der sich Hunderte Freiwillige mit ihren eigenen kreativen Initiativen anschlossen, für ein Gefühl der Gemeinsamkeit.

Was den Erfolg des Projekts zwischenzeitlich am stärksten infrage stellte, war ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis vom politischen Charakter der gemeinsamen Wahlliste. Der eine Ansatz, der vor allem von Chadasch-Mitgliedern propagiert wurde, sah in der Gemeinsamen Liste eine breite antirassistische Front und suchte die Zusammenarbeit mit den zionistischen Mitte-links-Parteien, um eine machtpolitische Alternative zu der gefährlich nach rechts gerückten Netanjahu-Regierung aufzubauen. Die meisten Mitglieder von Balad und der Islamischen Bewegung verstanden die Gemeinsame Liste wiederum als einen nützlichen Schritt zur Förderung der kulturellen und politischen Autonomie der PalästinenserInnen in Israel und lehnten deshalb Verbindungen mit zionistischen Mitte-links-Parteien strikt ab. Der junge Vor-

sitzende der Gemeinsamen Liste, Ayman Odeh, der vorher in der jüdischen israelischen Öffentlichkeit völlig unbekannt war, verkörpert in seinen öffentlichen Auftritten klar die mehr «auf Integration ausgerichtete» Tendenz, wobei er sich oft auf Martin Luther King Jr. als Vorbild beruft. In seinen zahlreichen Interviews im Vorfeld der Wahlen bediente er sich sehr stark eines bürgerrechtlichen Diskurses und betonte die Forderung nach einer vollkommenen Gleichstellung der palästinensischen Israelis und die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Odeh erwies sich bald als populäre Persönlichkeit und erhielt häufig Einladungen zu hebräisch-sprachigen TV- und Radiosendungen. Es gelang ihm auch, die Aufmerksamkeit ausländischer JournalistInnen auf sich zu ziehen, von denen viele auf die unverkennbare Ähnlichkeit in Stil und Inhalt mit der HDP (Demokratische Partei der Völker) in der Türkei und deren Vorsitzenden Selahattin Demirtaş hinwiesen.

Ein zentraler Punkt bei Odehs Wahlkampfauftritten war die Darstellung der Gemeinsamen Liste als Antwort auf den wachsenden Rassismus in der israelischen Gesellschaft. In einer aufsehenerregenden Fernsehdebatte schlug er Arie Deri, dem Vorsitzenden der religiösen Schas-Partei, die in Anspruch nimmt, die Interessen der Mizrachim – der aus muslimisch geprägten Ländern Asiens und Afrikas stammenden jüdischen Israelis – zu vertreten, eine Kooperation vor. Er bot ihm an, zum Wohl aller «übersehenen» Bevölkerungsgruppen in Israel – damit sind arabische Menschen, aus Äthiopien stammende Israelis, migrantische Arbeitskräfte, Frauen etc. gemeint – zusammenzuarbeiten und rief zu einer breiten Koalition aller Unterdrückten auf. Damit positionierte Odeh die Gemeinsame Liste als ein Bündnis, das jede Art von Diskriminierung bekämpft und nicht nur als Repräsentantin der palästinensischen Israelis. Odehs Auftritte und Schwerpunktsetzungen riefen jedoch Unbehagen unter palästinensischen AktivistInnen hervor, vor allem unter Mitgliedern von Balad. Sein wenig konfrontatives Auftreten in öffentlichen Diskussionen wurde von einigen als Schwäche gedeutet. Seine Art, wie er über die Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung sprach sowie über die Notwendigkeit, die Besatzung zu beenden, ohne ständig die Legitimität der zionistischen Ideologie grundsätzlich infrage zu stellen, brachte ihm Popularität unter liberalen jüdischen Israelis ein, während er damit die radikaleren antizionistischen Mitglieder der Gemeinsamen Liste verprellte.

Es war nicht einfach, mit diesen widersprüchlichen Ansätzen umzugehen. Deswegen konzentrierte man sich auf die Gemeinsamkeiten. Der zentrale Slogan für den arabischsprachigen Wahlkampf lautete dementsprechend: «Der Wille des Volkes». Es wurde betont, wie wichtig es ist, der palästinensischen Minderheit in Israel eine stärkere parlamentarische Vertretung zu verschaffen. Dafür war es allerdings notwendig, die Menschen davon zu überzeugen, von ihrem Wahlrecht überhaupt Gebrauch zu machen. In den letzten 20 Jahren ist die Wahlbeteiligung unter palästinensischen Israelis kontinuierlich zurückgegangen, viele waren enttäuscht von der politischen Wirkungslosigkeit der wenigen in der Knesset vertretenen arabischen Abgeordneten. Die Gemeinsame Liste sah die einmalige historische Chance, mit vereinten Kräften zur drittgrößten Fraktion im nationalen Parlament zu werden. «Wir schaffen 15» – gemeint sind damit 15 Knesset-Mandate – lautete dementsprechend einer ihrer zentralen Wahlkampfslogans. Es sollte sich zeigen, dass dies durchaus eine realistische Option war.

EIN BEDEUTENDER SIEG – DIE GEMEINSAME LISTE ALS GAME CHANGER IN DER KNESSET?

Trotz weitverbreiteter Ressentiments gegen die Likud-Partei und ihre Sozialpolitik erwies sich Netanjahus extrem polarisierender Wahlkampf als erfolgreich. Es gelang ihm, seine Wählerbasis zu mobilisieren und damit seiner Partei ein Viertel der Parlamentssitze zu sichern. Die Ergebnisse der anderen rechten Parteien gewährleisteten den Fortbestand der Regierung Netanjahus und machten jede Hoffnung auf eine Mitte-links-Koalition, die die Gemeinsame Liste eventuell hätte unterstützen können, zunichte.

Angesichts solch bedrohlicher Entwicklungen fand das gute Ergebnis der Gemeinsamen Liste relativ wenig mediale Aufmerksamkeit. Dabei war es ihr gelungen, die Wahlbeteiligung der israelischen PalästinenserInnen von 57 auf beachtliche 64 Prozent zu erhöhen und 85 Prozent der Stimmen in den mehrheitlich arabischen Ortschaften auf sich zu versammeln. Allerdings blieb der Anteil der jüdischen WählerInnen (weniger als 2 Prozent) weit hinter den Erwartungen zurück. Die Gemeinsame Liste errang am Ende nicht 15 Sitze, wie im Wahlkampf versprochen, sondern 13 (von insgesamt 120). Das machte sie trotzdem zu einem maßgeblichen Akteur in der Knesset, der über mehr Einflussmöglichkeiten verfügt als jede parlamentarische Vertretung der palästinensischen Israelis jemals zuvor. Als zweitgrößte oppositionelle Fraktion spielt sie eine entscheidende Rolle in der Oppositionsarbeit. Unter anderem bekam sie den Vorsitz des Knesset-Ausschusses zur Förderung von Frauen zugesprochen. Vorsitzende dieses Ausschusses ist seit letztem Jahr Aida Touma-Suleiman, eine feministische Aktivistin und Mitglied von Chadasch. Damit hat zum ersten Mal in der Geschichte Israels ein(e) palästinensische(r) Staatsbürger(in) die Kontrolle über einen ständigen Knesset-Ausschuss mit tatsächlichen Gesetzgebungsbefugnissen. Als Vorsitzende des Knesset-Ausschusses konnte Touma-Suleiman feministische Kämpfe von der Perspektive mehrfach diskriminierter Gruppen aus präsentieren und Themen auf den Tisch bringen, die nie zuvor im Ausschuss behandelt worden waren, darunter zum Beispiel die Auswirkungen der Abrisse von Häusern in den besetzten Gebieten auf Frauen und Kinder, die Situation auf Entbindungsstationen, wo palästinensische und jüdische Frauen getrennt voneinander behandelt werden, sowie das Thema sexuelle Gewalt vonseiten der Polizei. Dass sie in der Lage war, im Parlament Aufmerksamkeit auf «allgemeine» Frauenfragen zu lenken und dabei die spezifischen Anliegen von palästinensischen Frauen, Frauen aus der Arbeiterklasse und von LSBTTIQ zu thematisieren, zeugt von dem großen Potenzial der Gemeinsamen Liste, Israels herrschender Segregationspolitik entgegenzutreten.

Doch der wahrscheinlich größte Erfolg, den sich die Gemeinsame Liste zuschreiben kann, ist die Zustimmung der Regierung zu einem Haushaltsplan, demzufolge in den nächsten fünf Jahren rund 3,5 Milliarden Euro in Projekte in mehrheitlich von arabischen Menschen bewohnten Kommunen fließen sollen. Damit soll die soziale Kluft zwischen der palästinensischen und der jüdischen Bevölkerung in Israel verringert werden. Dass der Plan Ende 2015 trotz massiver Einwände einiger Regierungsmitglieder verabschiedet werden konnte, ist dem Engagement von Mitgliedern der Gemeinsamen Liste, des Komitees der arabischen Bürgermeister und einigen linken NGOs zu verdanken.

Die Tatsache, dass es die Gemeinsame Liste gibt, hatte noch weitere positive Auswirkungen auf die palästinensische Gesellschaft in Israel. So hat die Annäherung von zuvor

verfeindeten politischen Gruppierungen Kampagnen gegen Waffengewalt und insbesondere gegen Gewalt gegen Frauen gestärkt. Nachdem die Organisatorin des ersten Frauen-Marathons in der arabischen Stadt Tira Morddrohungen von fundamentalistischen Islamisten erhalten hatte und auf ihr Auto geschossen worden war, konnte umgehend ein Solidaritätsbesuch von Mitgliedern aller an der Gemeinsamen Liste beteiligten Parteien, einschließlich der Islamischen Bewegung, organisiert werden. Die Existenz der Gemeinsamen Liste ebnete auch den Weg, direkten Kontakt mit konservativen Kreisen aufzunehmen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. So berichtet Aida Touma-Suleiman, wie die Zusammenarbeit mit der Islamischen Bewegung es ihr als feministischer Kommunistin zum ersten Mal ermöglicht habe, mit Beduinenfrauen zusammensitzend und ihnen zuzuhören, was vorher in den sehr religiösen Bevölkerungskreisen des Negevs unvorstellbar gewesen sei.

Auch unter den jüdischen AnhängerInnen regte die Gemeinsame Liste eine parteipolitisch übergreifende Zusammenarbeit an. Dies drückt sich zum Beispiel in der Gründung einer neuen Gruppe aus, der «Partnerschaft zwischen Mizrachim und Palästinensern». Diese Gruppe progressiver AktivistInnen und Intellektueller hat sich der Gemeinsamen Liste angeschlossen, um den Kampf gegen die Diskriminierung der aus Asien und Afrika stammenden jüdischen BürgerInnen mit dem palästinensischen Kampf für gleiche Rechte zu verbinden.

EINHEIT BEWAHREN IN ZEITEN DES AUFRUHRS

An der jüngsten Gewaltwelle in den besetzten palästinensischen Gebieten, die auf Israel übergeschwappt ist, waren auch junge palästinensische Israelis beteiligt. Zwar handelt es sich dabei um relativ wenige Fälle,⁴ doch haben sich daraufhin die arabisch-jüdischen Beziehungen in Israel weiter verschlechtert. So ist es in Israel in letzter Zeit mehrfach zu mobartigen Angriffen auf Menschen gekommen, die für palästinensisch gehalten werden. In sozialen Netzwerken und in von Regierungskreisen unterstützten öffentlichen Kampagnen werden Menschenrechtsorganisationen, linke AktivistInnen und Mitglieder der Gemeinsamen Liste als Gefahr für die innere Sicherheit dargestellt. Unterdessen ist die Führung der Arbeitspartei immer weiter nach rechts gerückt, hat ihr Engagement für eine Zweistaatenlösung hintangestellt und fordert ein härteres Vorgehen des Militärs gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

Die Eskalation der Gewalt und die brutale Reaktion der israelischen Armee haben heftige öffentliche Diskussionen ausgelöst. Speziell die Mitglieder der Gemeinsamen Liste bekamen dabei den geballten rechtspopulistischen Zorn zu spüren. Nach einem Treffen von Balad-Mitgliedern mit Familien von getöteten palästinensischen Angreifern, das dazu dienen sollte, die Rückgabe der Leichen ihrer Kinder für die Beerdigung zu koordinieren, forderte Netanjahu, ihnen sofort das Mandat zu entziehen. Umgehend wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das einer parlamentarischen Mehrheit den Ausschluss von Abgeordneten aus der Knesset ermöglicht. Auf diese böartigen Angriffe, darunter auch Gewaltdrohungen gegen Abgeordnete,⁵ hat die Gemeinsame Liste bisher mit Entschlossenheit und Einigkeit reagiert. So hat Ayman Odeh die Balad-Mitglieder vorbehaltlos verteidigt. Er drohte mit dem Rücktritt aller Abgeordneten der Gemeinsamen Liste, sollte nur eine oder einer von ihnen aus dem Parlament ausgeschlossen werden.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Entgegen vieler kritischer Prognosen, die ihren Zerfall unmittelbar nach den Wahlen vorhergesagt haben, stellt die Gemeinsame Liste heute in Israel eine erfolgreiche Plattform für linke Politik dar – und das trotz des verstärkten politischen Drucks von rechts. Vor allem angesichts des enttäuschenden Wahlergebnisses der Meretz-Partei (fünf Sitze) und des ständigen Rechtsrucks der Arbeitspartei hat sich die Gemeinsame Liste inzwischen zur führenden linken Kraft entwickelt, die konsequent für soziale Gerechtigkeit und Frieden in Israel eintritt.

Die Bedenken der mehrheitlich säkular ausgerichteten linken AktivistInnen, dass ein Pakt mit der Islamischen Bewegung den progressiveren Teilen der Gemeinsamen Liste schaden könnte, haben sich nicht bestätigt. Im Gegenteil: Die Gemeinsame Liste kann durchaus als ein sehr produktives Partnerschaftsprojekt zwischen arabischen und jüdischen Linken gedeutet werden, das Einfluss auf die politische Agenda des gesamten Landes nimmt und soziale Veränderungen aus einer Position der Stärke anstrebt. Darüber hinaus kann der Dialog in Israel zwischen Linken und der Islamischen Bewegung, die ihre Positionen etwa in Bezug auf Frauenrechte im Laufe des letzten Jahres erheblich liberalisiert hat, als ein positives Modell für die Zusammenarbeit mit verschiedenen islamischen Gruppen in der gesamten Region dienen.

Eine der ermutigendsten Auswirkungen der Gemeinsamen Liste ist die hoffnungsfrohe Botschaft, die von ihr insbesondere für die PalästinenserInnen ausgeht. Die zehnjährige, oft mit Gewalt verbundene Spaltung zwischen Hamas und Fatah in den besetzten Palästinensergebieten (und damit zwischen dem Gaza-Streifen und der Westbank) mit ihren verheerenden Folgen für den Kampf um die nationale Unabhängigkeit ist ein Desaster für die gesamte palästinensische Gemeinschaft. Eine funktionierende Partnerschaft zwischen verschiedenen religiösen (muslimischen, christlichen, drusischen, jüdischen) und säkularen Kräften, die alle an einem gemeinsamen politischen Projekt beteiligt sind, verkörpert die reale Möglichkeit, Konflikte demokratisch und gemeinwohlorientiert zu lösen. Mit der Zunahme sektiererischer Gewalt in der arabischen Welt, die durch den Krieg in Syrien weiter angefacht wird, gewinnt diese Botschaft an Relevanz. Neben den Wahlerfolgen der HDP in der Türkei, deren politisches Programm viele Ähnlichkeiten aufweist, ist die Gemeinsame Liste eine der sehr wenigen progressiven politischen Strömungen im Nahen Osten, die in letzter Zeit an Fahrt gewonnen haben und Unerwartetes erreichen konnten. Somit ist das weitere Bestehen der Gemeinsamen Liste von größter Bedeutung, nicht nur für Israel und Palästina, sondern für die gesamte Region.

Trotzdem gibt es noch viele Schwierigkeiten, die die Gemeinsame Liste daran hindern, ihr volles Potenzial auszuschöpfen: Fehlende Parteistrukturen und Mängel bei der täglichen Koordination haben bereits zu peinlichen Auftritten in den Medien geführt und bestehende Konflikte verschärft. Mehr noch: Dieses Manko behindert die Entwicklung einer langfristigen Strategie, wie auf parlamentarischen Weg weiterreichende Ziele durchgesetzt werden können. Und schließlich leidet darunter auch die moralische Autorität, die der Gemeinsamen Liste als der einzig demokratisch gewählten Vertretung innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft zukommt (in den besetzten Palästinensergebieten haben seit Jahren keine Wahlen mehr stattgefunden) und die

sie dazu nutzen könnte, um zur nationalen Aussöhnung beizutragen. Allerdings geht für sie weiterhin die größte Gefahr von Versuchen der extremen Rechten aus, ihre Mitglieder aus der Knesset auszuschließen. Die juristische und öffentliche Kampagne zur Delegitimierung der Linken und der palästinensischen Minderheit sowie die wiederholten und vielfältigen Vorstöße der Regierung, die Rechtsstaatlichkeit in ihren Fundamenten zu erschüttern, stellen eine echte Bedrohung für alle demokratischen Kräfte in Israel dar.

In der aktuellen Situation plädieren die Mitglieder der Gemeinsamen Liste dafür, den Kampf für gleiche Rechte und mehr soziale Gerechtigkeit in Israel nicht getrennt von dem palästinensischen Kampf um Unabhängigkeit zu begreifen. Aus ihrer Sicht gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Repressionswelle, die sich gegen die Linke und die palästinensische Minderheit in Israel richtet, und der intensivierten Gewaltanwendung der Armee und der jüdischen SiedlerInnen in den besetzten Gebieten. Angesichts der Zugewinne der von Netanjahu angeführten demokratiefeindlichen Rechten in Israel ist internationale Solidarität mehr denn je gefragt. Die Intensivierung von öffentlichen Kontakten mit der Gemeinsamen Liste erscheint als Gebot der Stunde.

Hana Amoury ist eine palästinensische-israelische Aktivistin und ehemalige Leiterin der arabischen-jüdischen Jugendorganisation Sadaka-Reut (Freundschaft). Sie ist Mitglied der Gruppe Hithabrut-Tarabut (Miteinander verbunden) und beteiligt sich an verschiedenen sozialen und politischen Kämpfen, insbesondere für das Recht der palästinensischen Bevölkerung in Jaffa auf angemessenen Wohnraum und für einen verbesserten sozialen Wohnungsbau.

Yossi Bartal ist Aktivist und freier Autor. Aufgewachsen in Jerusalem, arbeitete er in der palästinensisch-israelischen Organisation The Alternative Information Center und beteiligte sich am gewaltfreien Widerstand gegen die Sperranlage in den besetzten Gebieten. Seit seinem Umzug nach Berlin ist er in verschiedenen antirassistischen und queeren Initiativen aktiv.

Tsafir Cohen leitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

1 Ungefähr 20 Prozent der israelischen StaatsbürgerInnen gehören der arabisch-palästinensischen Minderheit an. Anders als die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen, im Westjordanland und in Ost-Jerusalem haben palästinensische Israelis formal dieselben Rechte wie jüdische Israelis, das heißt, sie verfügen auch über das aktive und passive Wahlrecht. **2** Zit. nach: www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/israel-benjamin-netanjahuparlamentswahl-appell. Das offizielle Israel und der gesamte israelische Diskurs erkennen eine israelische Nation nicht an. Der Versuch liberaler Kläger, sich offiziell als «israelisch» zu registrieren und nicht als Juden oder Araber, scheiterte bei Exekutive wie bei der Justiz. Jude sei die Nationalität, Israeli sei (noch) keine, heißt es. **3** LSBTTIQ steht als Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, intersexuelle und queere Menschen. **4** Gemäß eines vor Kurzem auf der Website des Allgemeinen Sicherheitsdienstes veröffentlichten Berichts waren vier Prozent der Angreifer in der jüngsten Welle der Gewalt israelische Staatsbürger. **5** Arabische Parlamentsabgeordnete in Israels Knesset leiden unter Hetze und Hass, in: Aljazeera, 23.10.2015.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 24/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: September 2016

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling